

A2 Unterbringung von Geflüchteten im Containerdorf Emsdorf ist menschenunwürdig - SPD-Landesregierung spart an Menschenrechten!

Gremium: Grüne Jugend Saar

Beschlussdatum: 12.01.2023

Tagesordnungspunkt: 5 Anträge

Antragstext

1 Die Unterbringung von Geflüchteten unter der saarländischen Landesregierung ist
2 in den geplanten Wohncontainern mit 4,8 Quadratmeter pro Person schlechter als
3 die vom Bundesverfassungsgericht festgelegte Mindestgrenze von 7 Quadratmeter
4 pro Häftling in einem deutschen Gefängnis. Diese Einrichtung ist mit
5 Stacheldraht umzäunt und schafft migrationsspezifische Benachteiligungen. Es
6 zeigt das Menschenbild des saarländischen Innenministeriums und das ist in
7 keinerlei Hinsicht legitimierbar. Dass man keine andere Lösung habe, ist
8 schlichtweg eine Ausrede. Die Reformen der Ampel-Regierung im
9 Einbürgerungsrecht, Asylrecht und Aufenthaltsrecht sorgen für einen
10 asylpolitischen Richtungswechsel. Das saarländische Innenministerium hält weiter
11 an der diskriminierenden Behandlung von Geflüchteten fest wie sie unter Horst
12 Seehofer (CSU) und der vorherigen Landesregierung unter dem Innenminister Klaus
13 Bouillon (CDU) in der Vergangenheit stattfand. Wenn Innenminister Jost sich
14 seiner Verantwortung wirklich stellen will, muss er mit mehr Engagement und
15 Einfallsreichtum an einer Lösung arbeiten. Wir fordern eine menschenwürdige
16 Unterbringung aller Geflüchteten. Wir fordern:

17 Mindeststandards auf Landesebene für die Unterbringung von Geflüchteten
18 gesetzlich normieren

19 Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass sich die saarländische
20 Landesregierung an die vom Bundesfamilienministerium aufgestellten
21 Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Unterkünften hält.
22 Darüber hinaus müssen auch im Saarland Mindeststandards für die Unterbringung
23 von Geflüchteten normiert werden. Für uns beinhaltet das vor allem ein
24 Gewaltschutzkonzept, so wie viele andere Bundesländer es bereits vorgemacht
25 haben.

26 Unterstützung der Kommunen

27 Mit einer besseren Unterstützung der Kommunen könnten bessere
28 Unterbringungsmöglichkeiten vor Ort geschaffen werden. Der Innenminister muss an
29 die Städte und Gemeinden appellieren, Unterkünfte bereitzustellen. Ein
30 Leerstandsregister könnte dabei helfen Geflüchtete besser auf die Kommunen zu
31 verteilen - so würden überforderte Kommunen entlastet und die Situation vor Ort
32 entschärft werden. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gibt es im
33 Saarland die höchste Leerstandsquote in Westdeutschland, vor allem im nördlichen
34 Teil des Saarlandes. Wir haben kein Platz-, sondern ein Koordinationsdefizit.:
35 Es braucht vor Ort mehr Personal, um geeignete Leerstände zu identifizieren und
36 anzumieten. Nur so kann die Verteilung auf und die Unterbringung in den Kommunen
37 mittelfristig gelingen.

38 Das Land muss entsprechend finanzielle Mittel in die Hand nehmen, statt Geld für
39 ein Lager im Schlamm zu versenken.

40 Versorgung sicherstellen und Perspektiven schaffen

41 Unabhängig von der Bleibechance brauchen die Menschen eine Perspektive und eine
42 ausreichende gesundheitliche Versorgung. Wir fordern die Landesregierung auf,
43 sich auf Bundesebene für die verbindliche und flächendeckende Einführung einer
44 elektronischen Gesundheitskarte für Menschen, die Leistungen nach dem
45 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylBLG) erhalten, anstatt der bisherigen
46 Krankenscheine. Darüber hinaus die Einführung eines Anrechts auf Sprachmittlung
47 für geflüchtete Menschen bei Kontakten mit Behörden und Ärzt:innen und die
48 Einführung eines Partizipations- und Teilhabegesetzes für Zuwanderer:innen im
49 Saarland, das eine schnelle soziale und berufliche Integration fördert und an
50 den Ressourcen von Menschen ansetzt. Unnötige bürokratische Hürden bei der
51 Einbürgerung müssen abgebaut werden und wichtige Informationen und
52 Beratungsstrukturen, die für neu ankommende Menschen bei der Erstorientierung
53 relevant sind, sind zu bündeln und die Zugänglichkeit in verschiedenen Sprachen
54 zu erleichtern. Das beinhaltet auch rechtliche Beratungen im Fall abgelehnter
55 Asylanträge oder bei Einbürgerungsfragen.

56 Auch eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes
57 und zur Überführung aller Flüchtlinge und Asylbewerber*innen ins SGB II. Wir
58 werden uns ebenfalls innerhalb unserer Bundespartei dafür einsetzen.

Begründung

B e g r ü n d u n g :
erfolgt mündlich

Der Antrag wurde am 12.01.23 vom Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Saar beschlossen.